



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Deutschland trauert um Helmut Kohl

Mit Helmut Kohl ist am vergangenen Freitag ein großer Staatsmann gestorben. Die deutsche Wiedervereinigung und das vereinte Europa werden immer mit seinem Namen verbunden bleiben. Wir danken Helmut Kohl dafür und werden ihn nie vergessen. In unseren Gedanken sind wir auch bei seiner Familie.

Viele Mitglieder und Anhänger der CDU verbinden persönliche Erinnerungen mit ihm und seiner langen Kanzlerschaft und in vielen Familien wurden diese Erinnerungen in den letzten Tagen ausgetauscht und nochmals diskutiert. Wir verneigen uns vor Helmut Kohl, dem Kanzler der Einheit und Ehrenbürger Europas. Wir wissen, was unser Kontinent, was unser Land, was aber auch unsere Partei und unsere Fraktion ihm zu verdanken haben. Bei seinem letzten Besuch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat uns Helmut Kohl eindringlich daran erinnert, dass unser Einsatz dem Frieden gelten muss – und dass dieser Frieden nur durch ein geeintes Europa bewahrt werden kann.

Bundestagspräsident Norbert Lammert hielt gestern vor dem Deutschen Bundestag in Anwesenheit der Bundesregierung und des Bundespräsidenten und seiner Vorgänger eine eindrucksvolle Gedenkrede auf Helmut Kohl. Dies war vermutlich die letzte Rede von Norbert Lammert, weil er bei den Wahlen im September nicht erneut kandidiert.

In seiner Ansprache würdigte er Kohl als „Glücksfall für Deutschland und Europa“. Seinen Tod bezeichnete er als tiefen Einschnitt, weil nach dem Ableben vieler anderer Politiker seiner Generation in jüngster Zeit Zeitzeugen fehlen werden, für die die Weltkriege keine Geschichte waren und die sich deshalb mit aller Kraft für ein friedliches Zusammenleben der Völker Europas eingesetzt hatten. Für Kohl und viele andere war Europa immer auch eine Frage von Krieg und Frieden.

Lammert verwies darauf, dass Kohl stets an der Deutschen Einheit festgehalten habe, obwohl dies auch in der eigenen Partei nicht immer unstrittig war. So habe er beispielsweise im Gegensatz zu vielen anderen Politikern – auch aus der CDU – niemals eine eigene „DDR-Staatsbürgerschaft“ anerkennen wollen, weil das aus seiner Sicht die Spaltung unumkehrbar gemacht hätte. Die Geschichte hat gezeigt, wie Recht er damit hatte.

Kohls Politik zeichnete sich dadurch aus, dass er persönliche Beziehungen und Freundschaften zu ausländischen Politikern aufbauen konnte. Ohne die Freundschaft zu Francois Mitterrand und Michail Gorbatschow wäre die Deutsche Einheit wohl nicht innerhalb weniger Monate umzusetzen gewesen.

Der Bundestagspräsident verwies aber auch darauf, dass Kohl nicht nur integrierende Kraft, sondern auch polarisierende Wirkung gehabt habe. Seinen Weg säumten auch Verletzungen, die er selber erlitt und die er anderen zufügte. Kohl habe „manche Fehler“ selbst eingeräumt, sagte Lammert mit Verweis auf die CDU-Spendenaffäre, bei der er sich bis zum Schluss weigerte, die Namen der unbekanntenen Spender zu nennen.

Am 1. Juli werde ich an dem europäischen Trauerakt in Straßburg teilnehmen. Allerdings hätte ich mir auch einen deutschen Staatsakt gewünscht. Norbert Lammert hat bei seiner Gedenkrede darauf verwiesen, dass die Frage, wie die Lebensleistung von Helmut Kohl gewürdigt werden soll, nicht allein eine Familienangelegenheit ist. Dem stimme ich voll zu. Die gesamte Rede können Sie im Internetarchiv des Deutschen Bundestages nachsehen, folgen Sie einfach diesem Link: <https://goo.gl/DmNrjc>. ■

Abzug der Bundeswehr aus Incirlik

Die Gespräche zu den Besuchsmöglichkeiten von Bundestagsabgeordneten bei den Bundeswehr-Soldaten im türkischen Incirlik sind an der türkischen Regierung gescheitert. Damit verweigert die Türkei den Parlamentariern eines NATO-Partners endgültig das Besuchsrecht. Diese Entscheidung der Türkei ist nicht nur falsch, sie widerspricht auch dem Wertekanon der NATO und erschwert unnötig den Kampf der Staatengemeinschaft gegen das terroristische Regime des IS. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden vom Bundestag mandatiert und müssen durch diesen auch kontrolliert werden können. Dazu gehört auch die grundsätzliche Besuchsmöglichkeit durch Abgeordnete. Das Verhalten der Türkei zwingt uns zur Verletzung der Tornado-Aufklärungsflugzeuge. Der Bundestag hat beschlossen, dass diese auf die jordanische Luftwaffenbasis Al Azraq verlegt werden sollen. ■

Stärkung und Aufwertung des Pflegeberufs.

Zum Abschluss der Pflegereformen, die in dieser Legislaturperiode umgesetzt wurden, hat der Bundestag die Reform der Pflegeausbildung beschlossen. Nach Leistungsausweitungen sorgen wir nun dafür, dass auch bei steigender Anzahl Pflegebedürftiger ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Um die Pflegeberufe attraktiver zu machen, starten wir ab 2020 einen Praxistest und lassen eine Zeit lang mehrere Ausbildungswege zu. Alle Pflege-Auszubildenden werden die ersten zwei Jahre gemeinsam ausgebildet. Danach können sie sich entscheiden, ob sie sich im dritten Jahr auf Kranken-, Kinderkranken- oder Altenpflege spezialisieren oder ob sie Generalisten bleiben möchten. Uns war wichtig, dass die drei Berufsabschlüsse – insbesondere in der Alten- und Kinderkrankenpflege – erhalten bleiben und gleichberechtigt nebeneinander stehen. Die Auszubildenden sollten die größtmögliche Freiheit haben, selbst zu entscheiden, welches der beiden Modelle das bessere ist. Positiv ist auch, dass das Schulgeld in der Altenpflege der Vergangenheit angehört. Dies ist ein wichtiger Beitrag, dem Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen. ■

Verfassungsfeindliche Parteien können von staatlicher Unterstützung ausgeschlossen werden

Gestern hat der Bundestag beschlossen, dass extremistische Parteien künftig von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen werden können. Zuständig hierfür wird das Bundesverfassungsgericht sein. Die Richter hatten im Januar ein Verbot der NPD abgelehnt. Diese sei zwar verfassungsfeindlich, zugleich aber zu unbedeutend, um eine echte Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu sein. Zugleich hatte das Gericht dem Gesetzgeber vorhandene Spielräume bei der Parteienfinanzierung gegeben. Dem sind wir nun nachgekommen, um zu verhindern, dass das menschenverachtende Gedankengut der NPD indirekt vom Staat unterstützt wird. ■

Übertragung von Gerichtsentscheidungen schafft mehr mediale Transparenz

Der Deutsche Bundestag hat gestern abschließend über das „Gesetz über die Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren“ beraten. Mit dem Gesetz ermöglichen wir, dass Urteilsverkündungen der fünf Bundesgerichte künftig gefilmt und im Fernsehen übertragen werden können. So kann die Öffentlichkeit künftig den Richtern bei der Begründung ihrer Entscheidungen direkt folgen. Mit dem Gesetz werden die Bestimmungen über die Medienöffentlichkeit der Bundesgerichte an die für das Bundesverfassungsgericht geltende Rechtslage angepasst. Filmaufzeichnungen während der Verhandlungen haben wir ausgeschlossen, da das Mitlaufen einer Kamera die Gefahr birgt, das Verfahren, beispielsweise durch Profilierungsversuche, zu beeinflussen. ■

WhatsApp-Nachrichten können überwacht werden

Die herkömmliche Telekommunikationsüberwachung führt oft nicht weiter, seitdem die Täter verschlüsselte Messenger-Dienste wie WhatsApp nutzen und über Telefon allenfalls noch Pizza bestellen. Es macht keinen Sinn, wenn die Strafverfolger nur Ermittlungsmethoden einsetzen können, die am Täterverhalten völlig vorbei gehen. Deshalb hat sich die Union für neue Befugnisse eingesetzt, die den neuen Realitäten gerecht werden und die gestern beschlossen wurden. Greifen werden die Neuregelungen nur bei schwersten Straftaten, beispielsweise Terrorismus, Mord, Sexualdelikte und Geldwäsche. Zudem muss die Überwachung richterlich angeordnet werden. ■